

# **Stjepan Mesić**

Staatspräsident der Republik Kroatien

## **Kroatien an der Schwelle zur Europäischen Union**

Referat anlässlich seines Besuches am  
Europa Institut an der Universität Zürich vom 11. März 2009

Es freut mich, nochmals die Gelegenheit zu haben, offen und ohne Vorbehalte über die Annäherung Kroatiens an die EU zu sprechen und dieses Thema kritisch zu hinterfragen. Denn nur auf diese Weise können wir nämlich zu neuen Erkenntnissen gelangen und gemeinsam die Zukunft des europäischen Kontinents durchdenken, die wir jedoch nicht losgelöst von weltweiten Entwicklungen betrachten dürfen.

Gleich am Anfang meines Vortrags möchte ich an LAVOSLAV RUŽIČKA erinnern, der aus Vukovar stammte, eine herausragende Persönlichkeit und ein grosser Wissenschaftler war, der zu unserem gemeinsamen Erbe gehört. Er hat jahrelang an dieser Universität gearbeitet. Alle seine Erfolge und Auszeichnungen – mitunter auch der mit dem höchsten Prestige verbundene Nobelpreis für Chemie – gehen auf die Jahre zurück, als er an dieser Universität als Wissenschaftler tätig war. Seine Laufbahn begann in Kroatien und er lebte jahrelang in der Schweiz. Doch es ist dieser Universität zu verdanken, dass er zu einem Weltbürger wurde.

In der jüngsten Geschichte Europas hatte die Universität in Zürich stets einen hohen Stellenwert. Denn vor mehr als sechs Jahrzehnten nahm die Idee der Wiedergeburt Europas und der Wiederbelebung europäischer Werte von hier ihren Ausgang. Nach den schweren Zerstörungen und dem grossen Leid in zwei Weltkriegen entschloss man sich in Europa, einen Weg zu beschreiten, der Frieden und Sicherheit und zugleich auch Fortschritt gewährleisten

würde! Dieses Friedenskonzept, das ich gerne als Jahrtausendunterfangen bezeichne, hat sich durchaus bewährt.

Ganze Generationen haben ihr Potential und ihre Ressourcen in den Dienst der Menschen, dessen Lebensbedingungen es zu verbessern galt, sowie des Fortschritts der Menschheit gestellt. Es wurden demokratische Institutionen geschaffen, die sich als Garanten der Rechtsstaatlichkeit behaupten konnten. Europäische Werte und Standards wurden nun als solche erkennbar. Zum ersten Mal in der Geschichte kam es zur Vereinigung Europas, die auf Freiwilligkeit beruhte, wobei alle Unterschiede (zwischen den einzelnen Völkern und Ländern) Beachtung fanden und ein gemeinsamer Besitzstand als Dreh- und Angelpunkt aller künftigen Beitritte geschaffen wurde.

Mit dem bekannten Motto „*Gemeinsam in Vielfalt*“ lässt sich das europäische Modell am kürzesten beschreiben, doch es ist zugleich auch der einzige Weg, um sein Fortbestehen zu sichern.

Diesem Modell will sich auch Kroatien anschliessen. Schon am Anfang der Schaffung der kroatischen Staatlichkeit haben wir die Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union als unsere strategischen Prioritäten hervorgehoben.

Auch wir wollten ein Teil jener Organisationen werden, die Frieden, Sicherheit und Fortschritt sowie eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft gewährleisten konnten, weil auch unsere aussen- und innenpolitischen Ziele darauf ausgerichtet waren.

Doch trotz unseres Anfangsenthusiasmus und der Offenheit allem Neuen gegenüber, was neu war, wurden wir mit einer ganz anderen Realität konfrontiert. Denn im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens schwiegen allerdings die Waffen nicht. Der Zerfall der SFRJ erfolgte unter dramatischen Umständen. Das skandinavische Modell einer einvernehmlichen Staatentrennung wurde hier leider nicht angewandt.

Es wurden Waffen eingesetzt, um Gebietsansprüche auf Kosten anderer durchzusetzen, um den Grenzverlauf zu ändern und um neue Territorien zu erobern. All dies geschah unter dem Vorwand, die Interessen der Angehörigen des eigenen Volkes, die als Minderheit in den benachbarten Staaten lebten, schützen zu wollen.

In Slowenien entfachte sich ein kurzer, in Kroatien ein blutiger und in Bosnien und Herzegowina ein brutaler Krieg. Kroatien sowie Bosnien und Her-

zegowina waren Verwüstungen ausgesetzt und der Krieg forderte einen hohen Tribut – Menschenopfer, zerstörte Dörfer und Städte – und hinterliess einen materiellen sowie immateriellen Schaden – Hass, Unduldsamkeit und Aufsplitterung. Das Geschehen in unserer Region wurde von internationalen Kräften aufmerksam beobachtet.

Der Krieg verzögerte und stoppte sogar auf eine gewisse Zeit den Prozess der Annäherung aller Länder in unserer Region – mit Ausnahme Sloweniens – an die euroatlantischen Strukturen.

Doch diese traumatische Erfahrung hat uns in der Überzeugung bekräftigt, dass die Aufnahme in die NATO und in die EU für uns opportun wäre. Vereinfacht gesagt, würde das Nordatlantische Bündnis die Sicherheit, und die EU den demokratischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt gewährleisten.

Dennoch musste in der Nachkriegszeit die Umsetzung dieser Ziele verschoben werden. Denn zuallererst galt es, die Kriegsfolgen zu beheben. Es war jedoch von Anfang an klar, dass der Wiederaufbau weitaus weniger Zeit in Anspruch nehmen würde, als die Wiederherstellung des Vertrauens unter den Menschen. Obwohl dieses Vertrauen in wenigen Jahren zerrüttet wurde, sind erfahrungsgemäss die Folgen noch Jahrzehnte später spürbar.

Den Wiederaufbau konnten wir nicht aus eigener Kraft vollbringen. Die Europäische Union und einzelne Länder – darunter auch die Schweiz – haben zu diesem Zweck beachtliche Summen zur Verfügung gestellt. Zwölf Jahre lang war die Schweiz an der Finanzierung von humanitären Projekten sowie an der technischen Hilfe, am Aufbau der Infrastruktur und an der Minenräumung beteiligt.

Parallel zum Wiederaufbau begann auch der politische Wandel im Lande. Als zu Beginn des Jahres 2000 die kroatischen Wähler zu den Urnen gingen, erkannten sie die Gelegenheit bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen der neuen Politik eine Chance zu geben. Rückblickend können wir sagen, dass diese Politik damals den Grundstein zur Europäisierung Kroatiens legte. Ihre Ziele waren die Förderung demokratischer Werte wie Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten, die Förderung der Marktwirtschaft und insbesondere setzte man sich für eine Wende in den Beziehungen zu den Ländern in der Region ein. Ebenso sollten Frieden, Toleranz und das Zusammenleben im ganzen Lande, vor allem in den vom Krieg heimgesuchten Gebieten, gefördert werden.

Ich war nicht nur einer der ersten sondern auch einer der grössten Verfechter der Individualisierung der Schuld für die in diesem Gebiet begangenen Verbrechen.

Dadurch hätte man nämlich die Kollektivitäten bzw. die Völker und Volksgruppen von der Kollektivschuld befreit. Für die Verbrechen würde man Einzelne und nicht ganze Völker zur Verantwortung ziehen. Dabei war auch die Unterstützung des Haager Tribunals von ausschlaggebender Bedeutung. Viele konnten oder wollten die Rolle dieses Tribunals nicht verstehen.

Des Weiteren musste eine Lösung für die Rückkehr von Flüchtlingen gefunden werden. Ohne eine Vereinbarung mit den Nachbarstaaten war dieses Problem nicht zu lösen. Daher haben wir gemeinsam mit Serbien sowie Bosnien und Herzegowina die *Erklärung des Gipfels von Sarajewo* unterzeichnet, worin wir uns verpflichteten, alle Häuser wiederaufzubauen, aus denen die Menschen wegen einer fehlgeschlagenen Politik hatten fliehen müssen, sowie ihnen die Rückkehr zu ermöglichen. Wir verpflichteten uns ebenfalls, ihnen alle Vermögensrechte rückzuerstatten, die sie vor dem Verlassen ihrer Häuser genossen hatten.

Wir wussten, dass die durch schweres Leid geprägten Jahre, die sie im Exil verbringen mussten, durch nichts wieder gutzumachen waren, doch wir wollten – insoweit es möglich war – wenigstens die negativen Auswirkungen einer verfehlten Politik berichtigen.

Des Weiteren unterstützten wir alle Initiativen und Massnahmen, die in erster Linie auf örtlicher Ebene ermöglichen sollten, Vertrauen und Toleranz wiederherzustellen und ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

Die Aufnahme in die NATO und der EU-Beitritt sind auch nach den Wahlen im Jahr 2000 unsere Prioritäten geblieben. Das Zagreber Gipfeltreffen, das Ende des gleichen Jahres stattfand, brachte neuen Schwung in die Beziehungen zur EU.

Damals setzte man sich zum ersten Mal konstruktiv mit der Lage in der Region auseinander. Bei diesem Treffen wurde die politische Wende in Kroatien begrüsst und als positives Beispiel für die ganze Region hervorgehoben. Kroatien nutzte als erstes unter den Ländern in der Region die sich bietende Chance und stellte vor 6 Jahren einen Beitrittsantrag. Vor 5 Jahren bekam es den Status eines Beitrittskandidaten, und seit 3,5 Jahren werden Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt.

Bislang wurden schon viele Reformen umgesetzt, und es ist auch bei der Angleichung der Gesetzgebung und der Erfüllung der Massstäbe für die Eröffnung einzelner Kapitel sehr viel getan worden. Es wurden auch einige radikale Massnahmen getroffen, die zur Verbesserung der Arbeit von Polizei und Justizbehörden führten, und einen weiteren Schritt in Richtung eines unabhängigen, unparteiischen, transparenten und effizienten Rechtssystems sowie der Ausrottung der Korruption darstellten.

Wir setzen diese Reformprozesse fort. Wie ich oft zu sagen pflege – und in diesem Augenblick trifft dies insbesondere zu – müssen diese Reformen schon allein unseretwegen und nicht wegen der EU erfolgen.

Es steht uns jedoch noch sehr viel Arbeit bei der konsequenten Durchführung der verabschiedeten Gesetze bzw. der Erfüllung der Massstäbe für den Abschluss einzelner Kapitel bevor. Bislang wurden 22 Kapitel (2/3 der Verhandlungskapitel insgesamt) eröffnet und die Verhandlungen zu 7 Kapitel (oder 1/5 aller Kapitel) wurden bereits abgeschlossen.

Ich habe versprochen, dass ich offen sprechen werde. Gestatten Sie mir daher, auch einige Probleme zu nennen, denen Kroatien in der jetzigen Phase der Beitrittsverhandlungen begegnet.

Obwohl die Beitrittsverhandlungen gemäss dem Zeitplan, der dem Bericht der Europäischen Kommission aus November 2008 beigefügt wurde, und im Einklang mit unseren beschleunigten Vorbereitungen allmählich abgeschlossen werden sollten, ist Kroatien in den letzten Monaten mit einer Blockade der Beitrittsverhandlungen konfrontiert.

Eine ungelöste bilaterale Frage – die Grenzfrage mit dem benachbarten Slowenien – wurde nun zum ernsthaften Hindernis für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen. Wir begrüßen und würdigen die Anstrengungen der Europäischen Kommission bei der Lösung dieser Angelegenheit. Wir haben auch dem Vorschlag, sich an einer Mediation zu beteiligen, zugestimmt, um die Verhandlungen zu deblockieren und so bald wie möglich eine langfristige und für beide Seiten zufrieden stellende Lösung zu finden.

Wir glauben daran und wünschen, dass die Verhandlungen bald wieder fortgesetzt und in den kommenden Monaten erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können.

Hierbei muss betont werden, dass wir dies nicht allein unseretwegen sondern auch wegen der Region anstreben. Denn die EU-Beitrittsverhandlungen mit

Kroatien wirken sich unmittelbar auf den Heranführungsprozess der Region an die EU aus. Der Beitritt Kroatiens zur EU wäre eine Botschaft an alle Länder in der Region, dass die Umsetzung und Erfüllung europäischer Standards honoriert wird. Unsere Region ist auf der Landkarte Europas derzeit noch immer eine Insel, die von EU-Mitgliedsstaaten umgeben ist. Wir wollen, dass diese Insel so bald wie möglich europäisiert und in die EU eingegliedert wird.

Als unmittelbarer Nachbar ist Kroatien durchaus daran interessiert, diesen Prozess voranzutreiben und ist auch bereit, bei seiner zügigen Umsetzung zu helfen. Denn die Europäisierung der Region würde eine dauerhafte Stabilität in diesem Gebiet mit sich bringen, was im Interesse aller Länder dieser Region, sowie unserer Nachbarstaaten und des gesamten europäischen Kontinents liegt.

Mit allen Ländern in unserer Region pflegen wir ausserordentlich gute und vor allem gutnachbarliche Beziehungen. Unsere bilaterale Zusammenarbeit wurde in allen Bereichen verstärkt, insbesondere in der Wirtschaft. Im breiteren Rahmen sind wir auch in der CEFTA sowie im bisherigen Stabilitäts пакт bzw. dem heutigen Regionalen Kooperationsrat sehr aktiv. Wir danken an dieser Stelle der Schweiz, die durch beachtliche finanzielle Unterstützung zur Effizienz dieser Foren beigetragen hat.

Wir verfolgen mit grosser Aufmerksamkeit die Geschehnisse in unserer Region und teilen die Besorgnis anderer Länder. Es bestehen noch immer Kräfte, die Bosnien und Herzegowina destabilisieren möchten, oder besser gesagt: Diese Kräfte sind wiedererwacht. Als Mitunterzeichner der Daytoner Abkommen aber auch als Nachbarland liegt es im unmittelbaren Interesse Kroatiens, eine tragfähige Lösung für dieses Land zu finden. Und das kann nur eines bedeuten – nämlich ein einheitliches Bosnien und Herzegowina.

Jede andere Lösung würde erneut zur Instabilität in diesem Gebiet führen und wäre eine Gefahr nicht nur für den Frieden in der Region, sondern auch in Europa.

Ich habe immer betont, dass es für einen dauerhaften Frieden und die Stabilität dieses geographischen Raums von ausschlaggebender Bedeutung ist, die Region so bald wie möglich in die Europäische Union einzugliedern. Dafür müssen die Länder der Region selbstverständlich zuerst die Beitrittskriterien erfüllen und Reformen umsetzen, die zur Übernahme europäischer Standards führen. Kroatien kann dabei als Modell für die Region dienen, und wir sind

bereit, anderen Ländern unsere Unterstützung und konkrete Hilfe anzubieten, was wir in mehreren Bereichen bereits auch tun.

Laut öffentlicher Umfragen schwankte die EU-Zustimmung in Kroatien im letzten Jahr zwischen 48,6 und 58,1%. Obwohl es sich noch immer um einen durchaus soliden Prozentsatz handelt, der den Willen der kroatischen Bevölkerung zum EU-Beitritt widerspiegelt, werde ich oftmals gefragt, warum es überhaupt erforderlich sei, dass Kroatien in die EU aufgenommen wird.

Daraufhin antworte ich: Deshalb, weil für ein europäisches Land, das dem abendländischen Zivilisationskreis angehört und seine Wurzeln in Europa hat, dies die einzige Option ist.

Wir wollen nämlich in einen Markt mit fast 500 Mio. Einwohnern und in Einrichtungen integriert werden, die seit mehr als 50 Jahren ein Garant für Frieden und Stabilität sind. Dieses „Jahrtausendunterfangen“ spricht für sich selbst. Daher sollte nicht nur Kroatien, sondern auch unsere ganze Region der EU beitreten.

Die Erweiterungspolitik wird gewiss auch künftig eine der Prioritäten der Europäischen Union sein. Wir sind uns dessen bewusst, dass die EU als wichtiger internationaler Faktor unter den neuen Umständen dazu berufen ist, auch Antworten auf andere Herausforderungen zu finden. Dies bezieht sich vor allem auf die weltweite Finanzkrise, die tief greifende Veränderungen in der Wirtschaft auslösen wird, die wiederum soziale Zerrüttungen zur Folge haben werden. Gleichzeitig ist die EU auf der Suche nach einer Lösung, die einen neuen Aufbau des eigenen Hauses ermöglichen sollte. Es geht hierbei um die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon.

Alle diese Aufgaben in einem Zusammenspiel sehr anspruchsvoller Umstände erfordern ein zusätzliches Engagement aller, die sich an der Suche nach Antworten sowie guten langfristigen Lösungen beteiligen.

\*\*\*

Ich möchte sie letztendlich daran erinnern, dass Kroatien in seiner kurzen Geschichte schon zwei wichtige Schritte in Richtung EU getan hat: Einer erfolgte bei den Wahlen im Jahr 2000 und der andere war die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005.

Man arbeitet nun zügig an der Vorbereitung weiterer Verhandlungskapitel und man könnte sagen, dass wir an der Schwelle zur EU stehen und zwar als ein nicht ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates und andererseits als ein Land, das nur einen Schritt von der Aufnahme in die NATO entfernt ist, und als Land, das bereits 500 Soldaten in Friedensmissionen in der ganzen Welt entsandt hat.

Der dritte Schritt – der EU-Beitritt – steht uns erst bevor. Wann werden wir diese Schwelle überschreiten? Wir wünschen uns, dass dies so bald wie möglich geschieht.